

Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitszettel 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 37

Duisburg, den 11. September 1926

27. Jahrgang

Konjunkturbesserung, Preisstabilität und Lohndruck

Die Entwicklung unserer Wirtschaftslage weist im ersten Halbjahr 1926 zum erstenmal seit Friedensschluß unverkennbare Merkmale eines Konjunkturmehrwendungs und einer Konjunkturbesserung auf. Selbst wenn man auch nicht der Meinung zu sein braucht, als ob jetzt schon ein sofortiger und lückenloser Aufstieg erfolgt, so wäre es nicht nur wirtschaftlich unklug, sondern auch direkt falsch, die weitere Entwicklung der Wirtschaft pessimistisch zu betrachten. Man darf vielmehr mit einem gewissen Optimismus die jetzige Wirtschaftslage ansehen.

Die Gestaltung des Kapitalmarktes

zeigt deutlich die Wiederherstellung normaler Geld- und Kreditverhältnisse. Der Geldumlauf bewegt sich in normalen Grenzen und hat sich nur unbedeutend erhöht, die Golddeckung ist weiter gestiegen. Bedeutende Fortschritte machte auch die Verbilligung der Geldsätze, wodurch eine Angleichung des deutschen Geldmarktes an den ausländischen Kapitalmarkt erreicht wurde. Die Sparkasseneinlagen stiegen von 1798 Millionen Mk. im Januar 1926 auf 2258 Millionen im Mai 1926. Die Entwicklung des Geldwesens zeigt folgende Statistik, die wir, ebenso wie die folgenden, einem sehr bemerkenswerten Bericht des Bankhauses Bett, Simon u. Co. entnehmen:

Zeit	Notenumlauf	Gold- und Deckungs-fähige Devisenbestände	Golddeckung der Reichsbanknoten in %	Geldumlauf insgesamt	Golddeckung des gesamten Geldumlaufs in %
1918	1958,2	1170,0	59,7	6070,0	65,5
1924	1189,2	598,9	54,2	3287,1	19,9
1925	2509,5	1418,2	56,5	4773,4	31,4
Ende Januar 1926	2640,1	1673,3	63,2	4846,3	36,3
Februar	2814,6	1843,2	65,3	4923,8	39,3
März	3150,0	1972,3	62,4	5049,9	40,7
April	3076,8	1882,5	61,0	5030,4	39,2
Mai	2868,9	1878,5	65,3	5042,8	39,1
Juni	2971,2	1847,1	61,2	5169,4	36,9

Der deutsche Effektenmarkt wird von einer starken Aufwärtsbewegung beherrscht, die sich allerdings nicht auf alle Papiere erstreckt. Die Hausbewegung ist zurückzuführen auf eine außergewöhnliche Geldflüssigkeit (Bericht Bankhaus Bett, Simon) als auch in der Beurteilung der industriellen Unternehmungen selbst, deren Konzentrationen und Fusionen sich naturgemäß zunächst börsenmäßig auswirken, deren tiefer Grund aber doch in der Annahme einer dauernden Besserung der Unternehmungen zu suchen ist.

Die Lage auf dem

Industriemarkt

steht, soweit die Werke beschäftigt sind, unter einem günstigen Stern. Die Belegung auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt hat weiter angehalten. Die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 31. August schreibt dazu:

„Es ist festzustellen, daß die Belegung nicht mehr allein auf die Auswirkung des englischen Bergarbeiterstreikes zurückzuführen ist, vielmehr hat sich auch der Inlandsabsatz leicht gebessert, wofür die Ursachen einerseits auf einen gesteigerten Bedarf, andererseits auf die Verminderung der westlichen Konkurrenz zu suchen sind. Die Belegung der Werke hat sich in den letzten Wochen, insbesondere im Zusammenhang mit dem lebhafteren Exportgeschäft, das im übrigen unermüdet anhält, nicht unwesentlich gebessert, so daß auch die Lieferfristen eine Ausdehnung erfahren. Die Verbandspreise müssen nach der Vereinbarung mit den westlichen Werken

zunehmend voll angelegt werden; Unterbietungen sind nur noch in Ausnahmefällen zu verzeichnen. Im Exportgeschäft haben die Preise leicht angezogen.“

Bei den Blechwalzwerken hat, lt. „Köln. Volksztg.“, 30. August, der Auftragsingang stark zugenommen. Die Lieferfristen sind daraufhin von den meisten Werken verlängert worden, am stärksten bei Weißblechen, wo sie gegenwärtig im Durchschnitt sechs Wochen betragen. Die augenblickliche günstige Lage hat zu neuen Verhandlungen zwischen den Mittelblechwalzwerken über die Schaffung eines Preisartikels geführt, das verhindern soll, daß bei dem zu erwartenden Rückgang der Konjunktur nach Abschluß des englischen Streikes wieder die früheren Unterbietungen eintreten.

Ohne Zweifel hat zur Belebung auch die Nationalisierung beigetragen, die neben der Konzentration der Verbilligung der Produktion dienen soll. Das Produktionsproblem Deutschlands besteht nicht allein darin, daß mehr, sondern vor allem, daß billiger produziert wird. Einige Produktionsjahre mögen einen Ueberblick geben:

Zeit	Stehkohle	Braunkohle	Koks	Kohleisen	Kohlrast	Kalkproduktion (Reinfall) in 1000 t	Industrieller Elektrizitätsverbrauch arbeitstägig, Stromabgabe f. 1 kw Antriebsleistung
1918	11 729	7 269	2 693	910	881	107	
1924	9 952	10 373	1 977	651	820	84	
1925	11 061	11 894	2 234	848	1 016	131	1925=100
1926							
Januar	11 190	12 222	2 106	689	789	108	92,1
Februar	10 611	11 077	1 985	631	814	119	91,9
März	11 424	11 885	2 145	717	947	108	85,2
April	10 086	10 087	1 983	668	867	77	87,8
Mai	10 678	9 894	1 974	736	900	73	
Juni	11 756	11 202	1 983	720	977		
Juli				768	1 022		

Geschäftsaufsichten und Konkurse sind zurückgegangen, was auf eine wiedergewonnene Solidität der Wirtschaftsführung schließen läßt. Die Zahl der Konkurse betrug durchschnittlich im Monat 1913 811, stieg im Januar 1926 auf 2092 und sank bis Juni 1926 auf 913.

Auch die steigenden Ueberschüsse des Reiches sind ein Zeichen wirtschaftlicher Besserung. Der Juli hat dem Reich einen Ueberschuß von 102 Millionen Mark gebracht.

Von ausschlaggebender Bedeutung für den Verlauf der Konjunktur ist

die Preisbewegung.

Die Preisbewegung selbst hat sich bis jetzt für die Konsumenten noch nicht günstig ausgewirkt. Wenn diese Krise überhaupt einen Sinn gehabt haben soll, dann doch nur den, daß die Preise gesenkt werden, was zu einer Belebung des Innenmarktes ebenso erforderlich ist, wie zu einer Aktivierung der deutschen Handelsbilanz. Wenn auch die Aktivierung der Handelsbilanz eine vornehmliche Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik ist, so muß doch betont werden, daß eine aktive Handelsbilanz allein noch kein Zeichen für den Wohlstand eines Landes ist, sondern daß die Hebung der inneren Konsumkraft ein Hauptfordernis für den sich anbahnenden Konjunkturmehrwendungs bildet.

Aber gerade an der inneren Konsumkraft mangelt es heute noch bedenklich infolge der vielfach überhöhten Preise und der vielfach sehr geringen Löhne. Es ist zweifellos, daß die Produktionskosten infolge der Nationalisierung gesunken sind, trotz-

dem weisen die Großhandelskoeffizienten kaum ernsthafte Rückgänge auf.

Nach den Berechnungen der Großhandelspreise, wie sie vom Statistischen Reichsamt regelmäßig durchgeführt werden, stand zum Beispiel die Indexziffer für Möbel (Zimmer und Küche) im Juli 1925 auf 159,0, im Juni 1925 auf 162,4, im Juli 1926 auf 159,2. Hausgerät in Eisen und Stahl, Glas, Porzellan und Steingut ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um einige Punkte gefallen. Für Hauswäsche und Betten wurde ähnliches registriert. Aber dieser Rückgang um einige Punkte hat nicht seine Ursache in einem aus der Verbilligung der Produktion gewollten Abbau der Preise, sondern darin, daß es sich hierbei um Konsumgüter handelt, die der verringerten Kaufkraft entgegenkommen müssen und das oft auf Kosten der Qualität tun. Bei den industriellen Fertigerzeugnissen, die als Produktionsmittel angesprochen werden können, ist die Preisbewegung nunmehr schon seit einem Jahre ganz verschwindend gering. Landwirtschaftliche Arbeits- und Antriebsmaschinen sanken von 129,9 (Juli 1925) auf 127,6 (Juli 1926). Die Maschinen für Metallbearbeitung sanken von 146,9 auf 144,3, die für Holzbearbeitung von 136,7 auf 135,2. Verbrennungs- und Elektromotoren, Werkzeuge und Geräte, Lastkraftwagen, Fahrräder, Schreibmaschinen usw. sind im Preise seit dem Vorjahre im wesentlichen völlig unverändert geblieben.

Der Index der Lebenshaltungskosten ist langsam, aber stetig wieder gestiegen.

Zeit	Index der Lebenshaltungskosten	Indexziffern für		
		Ernährung	Bekleidung	Wohnung
1913	100	100	100	100
1925	141,1	147,0	171,3	81,9
1926				
Januar	139,8	143,3	171,1	81,1
Februar	138,8	141,8	169,3	81,4
März	138,3	141,0	168,1	81,4
April	139,6	141,6	167,0	81,4
Mai	139,9	142,3	165,2	81,3
Juni	140,5	143,2	164,2	81,3

Gegenüber der Höhe der Preise und der Steigerung der Lebenshaltungskosten sind

die Löhne

im Jahre 1926 auf derselben Höhe geblieben, d. h. also der Reallohn ist gesunken. Auch ein Beweis dafür, daß die Löhne die Preise viel weniger beeinflussen als das häufig hingestellt wird. Das deutsche Unternehmertum ist nun daran, nicht nur den Reallohn, sondern auch noch den Nominallohn zu kürzen. Akkordreduzierungen sind bis zu 7 Proz. durchschnittlich vorgenommen worden. In einigen besonders schlecht organisierten Gebieten ist tatsächlich ein noch größerer Lohnabbau zu verzeichnen. Wie lange die deutsche Arbeiterschaft sich das gefallen läßt, ist ihre Sache. Im Zusammenhang mit dem stattfindenden Lohndruck in Deutschland ist es bemerkenswert, ein Urteil über Lohnhöhe zweier bekannter englischer Wirtschaftler, Austin und Lloyd, zu hören, die die amerikanischen Verhältnisse studierten und dabei zu folgenden Ergebnissen kamen:

Es ist besser, daß die Arbeit eine Anerkennung durch Löhne findet, die im Verhältnis zur Leistung stehen; die Höhe des Lohnes eines Arbeiters sollte in keiner Weise begrenzt sein. Im Gegensatz zu der allgemeinen Ansicht in Europa bedeuten hohe Löhne nicht notwendigerweise ein hohes Preisniveau. Es gerät der Allgemeinheit zum Vorteil, wenn die Politik der industriellen Wirtschaft mehr auf eine Erhöhung der Löhne und auf Herabsetzung der Preise gerichtet wird.

Es ist nun zwar das deutsche Unternehmertum nicht eingestellt. Aber es kann dazu „bekehrt“ werden. Zwar nicht durch Demonstrationen und radikale Phrasen, sondern durch die geschlossene Wucht der Organisation.

Abbau für Arbeiter, Aufbau für Direktoren

Nach allen Meldungen soll heute in der ganzen Industrie ein Wort groß geschrieben werden, nämlich „Sparen“. Auf der Tagung der Industrie- und Handelskammern in Essen gab man die Parole heraus: „Es muß in der Industrie an allen Orten gespart werden“. Das liest sich an und für sich sehr harmlos. Aber als man ans Sparen ging, da fand man, daß man am besten an der Arbeiterschaft sparen könne, zumal, diese Leute ja doch weniger Kulturbedürfnisse haben und wie die wunderbaren Redensarten alle heißen. So „sparte“ man an Arbeitskräften, d. h. man baute ab, Hunderttausende und Millionen; so „sparte“ man am Lohn durch Akkordreduzierungen usw., man „sparte“ an Angestellten, die man zu Tausenden auf die Straße setzte.

Damit hörte aber das Sparsystem auf. Statt in der gleichen Art fest auch nach oben hin in Zahl und Gehalt abzubauen, den

Herren Direktoren, Generaldirektoren und Aufsichtsräten zu zeigen, daß die Krise auch von ihnen Opfer verlange, steht man vielmehr auf dem Standpunkt, daß Gehälter von 400 000 Mark zur „tieferen Mittellinie“ gehören, und daß man mit jährlichen Zantiemen von 53 000 Mark wirklich „keine Sprünge machen“ könnte (Prozess gegen Generaldirektor Zimmann in Erlangen). Was die Gehälter der leitenden Personen in der Industrie anbelangt, so hört man zwar weniger von Abbau, aber desto mehr von Aufbau.

Vor allem ist der Leitungsapparat der Aktiengesellschaft in den letzten Jahren trotz Krise, Arbeitslosigkeit, „Wirtschaftsruin“ stark vergrößert worden. Bei einer Untersuchung Heimigs von 604 Aktiengesellschaften von insgesamt 890 A.G., deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden und deren Aktienkapital 5,1 Milliarden Mark beträgt, wurde folgendes festgestellt:

Bei den nachprüfbaren 604 Aktiengesellschaften waren im Jahre 1913 insgesamt 1329 ordentliche Vorstandsmitglieder, also

eigentlich leitende Personen, beschäftigt. Ihre Zahl ist bis 1925 auf 1828 leitende Betriebspersonen gestiegen.

Ganze 86 Gesellschaften haben im Jahre 1925 ihren Direktorenbestand gegenüber 1913 vermindert, und zwar 135 Personen. Das trifft zuerst Schiffahrtsgesellschaften und Banken. Dafür ist die Zahl der Vorstandsmitglieder bei den übrigen Gesellschaften um 634, also nahezu um fünfzig Prozent, angewachsen. Bei den erstfaßen 604 Aktiengesellschaften betrug die Zahl der Aufsichtsräte im Jahre 1913 insgesamt 3985. In 83 Gesellschaften hat sich seither deren Zahl um 140 vermindert. Im übrigen hat aber die Zahl der Aufsichtsräte um 1742 Personen zugenommen, so daß für die 604 verglichenen Gesellschaften sich heute 5587 Aufsichtsräte ergeben. Die Zahl der Aufsichtsräte ist also um rund 45 Prozent gestiegen.

Der Aufsichtsrat ist ja nun der letzte, der seine „schwierige“ Arbeit etwa gering bewertet. Heute ist es üblich geworden, an

Nicht locker lassen

Das ist auch die Parole unserer Duisburger Ortsverwaltung bei der Hausagitation, bei der sich ja von jeher unsere Duisburger Kollegen ausgezeichnet haben.

Wir wollen hier ein Resultat aus den letzten Wochen bekanntgeben, das zeigt, was bei Energie und Anspannung aller Kräfte, selbst in dieser bösen Krisenzeit, möglich ist.

- Aufgesucht wurden an 3 Sonntagen 338 Kollegen,
Neu aufgenommen wurden 53 Kollegen,
Ueberritt 6 Kollegen,
Wiedergewonnen wurden 15 Kollegen,
An der Hausagitation beteiligten sich 48 Kollegen.

Dieses Ergebnis kann sich sehen lassen. Für die Duisburger Kollegen selbst wird dieses Resultat ein Ansporn zu neuen Taten, für manche andere Ortsgruppe aber ein lehrreiches Beispiel sein.

Stelle der Lantime, die aus dem Reingewinn gezahlt wurde, eine feste Grundvergütung zu zahlen, die ohne Rücksicht darauf, ob ein Reingewinn ausgewiesen ist oder nicht, von der Aktien-gesellschaft zu leisten ist.

Eine Zusammenstellung über Bezüge der Aufsichtsräte kann nur für die festen Bezüge erfolgen, die natürlich sehr lückenhaft ist. Die festen Bezüge der oben angegebenen 5587 Aufsichtsräte betragen im Jahre 1925 rund 10,4 Millionen Mark.

Das nennt man beim Unternehmertum „Verwertung des Kapitalertrages“. Wenn die Arbeiterschaft auch einmal ihre Ansprüche auf eine andere gerechtere Verteilung des Kapitalertrages anmeldet durch Forderung nach höherem Lohn, dann heißt es direkt: „Die Wirtschaft kann es nicht tragen“.

Warum ist die Reaktion so stark?

Diese Frage hört man so oft in Arbeiterkreisen, und sie ist leider so einfach zu beantworten. Man braucht ja nur die Gegenfrage zu stellen: Warum war die soziale Reaktion 1920 oder 1922 nicht so stark?

Ein Bild, wie sich die Verhältnisse heute auf den Werken nicht ohne Schuld der Arbeiterschaft entwickelt haben, bietet sich auf dem Gelsenkirchener Gusstahl- und Eisenwerk.

Akkordverhältnisse: Diktatorisch wird von der Werkleitung der Akkord reduziert. Maß- und ausschlaggebend für diese Reduzierung ist die Stoppuhr.

Lehrlingsfrage: Die Werkleitung gibt zu, daß die Zahl der Lehrlinge gegenüber der Zahl der Facharbeiter zu hoch ist. Sie gibt ferner zu, daß Lehrlinge, die ihre Lehrzeit beendet hatten, veranlaßt worden sind, ein Gesuch zur Verlängerung der Lehrzeit einzureichen.

Entlassungen: Man hält sich nicht an die vorgeschriebenen 5 Prozent, sondern entläßt darüber hinaus, ohne sich immer an die Entlassungsverordnung zu fügen.

Urlaub: Wird im Werk voll gearbeitet, gelingt es den wenigsten, den tariflich zustehenden Urlaub nach Wunsch zu bekommen, da keine Arbeitskraft entbehrt werden kann.

Verhandlung durch Vorgesetzte: Grobheiten und Beleidigungen sind gang und gäbe wie in der Vorkriegszeit. Das Werk hat auf etwa je fünf Arbeiter einen Angestellten bzw. eine aufsichtführende Person.

Gesundheitliche Verhältnisse des Werkes: Mißstände sind zu verzeichnen betreffs der Waschlauen, Aborte, Badegelassenheiten, Rauch und Staub.

Werkseztung: Wenn kein Geld da ist, um die gesundheitlichen Verhältnisse im Werk günstiger zu gestalten, woher kommt dann das Geld für die Werkseztung?

Das Bild des Gelsenkirchener Gusstahl- und Eisenwerkes steht gar nicht vereinzelt da. Es ist ein Durch-

schnittsbild der Behandlung der Arbeiterschaft. Wir fragen: Mußte es soweit kommen, hatte die Arbeiterschaft keine Mittel, um das zu hindern? Sie hat die Mittel heute noch, und nur von der Arbeiterschaft hängt es ab, ob dem Druck der sozialen Reaktion ein starker Gegenbruch gegenübergestellt wird.

Nationalisierung und Arbeiterschaft

Man hat bei uns die Nationalisierung zu viel als technisches und zu wenig als soziales Problem gesehen. Ohne Zweifel hat die Art, wie in Deutschland die Nationalisierung betrieben wird, selbst zu gewissen wirtschaftlichen Hemmungen geführt.

An und für sich ist die Arbeiterschaft kein Gegner der Nationalisierung. Sie weiß die Vorteile des technischen Fortschrittes wohl zu würdigen, und für Maschinenstürmerei hat sie keinen Sinn.

Es spricht keine Ueberheblichkeit aus der heutigen Arbeiterschaft, wenn sie ihr Produktivkapital, ihre Arbeitskraft, für höher einschätzt als die Tonnenzahl, die sie produzieren muß.

Für und wider die Kartellierung

Dr. K ü p p e r.

Daß die Wirtschaft noch wie vor in Zeichen des Kartellgedankens steht, darüber läßt die Entwicklung der letzten Jahre keinen Zweifel offen. An und für sich ist die Tatsache nicht zu verwundern, zumal, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Kartell nicht nur die gegebene Anpassungsform an den Zustand der Wirtschaftsdpression ist, sondern auch eine gemeinsame Stütze für die wankende Basis der betroffenen Industrien darstellt.

Kartellierung ist horizontale Gliederung. Zusammenfassung von Unternehmungen gleicher Produktionsstufe. Ihr Zweck liegt in der Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz, in der Absatzregulierung und der anteilsgleichmäßigen Belieferung einer Zentralabzahnorganisation, die ihrerseits häufig ein vertraglich festgesetztes Lieferungskontingent zu Kartellpreisen monopolistisch auf den Markt bringt.

Mit den zweifellos vorhandenen Vorteilen verbinden sich aber auch Gefahren,

die nicht übersehen werden dürfen. Und zwar Gefahren, die der Handhabung der Auffassung von dem Zwecke der Kartelle entspringen. Jedes Kartell hat zwei Aufgaben zu erfüllen: solche, die den privatwirtschaftlichen Interessen der syndizierten Werke dienen — wir wollen sie „industriewirtschaftliche“ Aufgaben nennen, und allgemeinerwirtschaftliche, also volkswirtschaftliche Aufgaben.

Monopolisierung der Produktion durch die systematische Kartellierung. Man vergegenwärtige sich dazu folgendes: Ein Kartell der eisenzeugenden Industrie syndiziert die gesamte Roheisen- und ein anderes die Roheisenherzeugung eines Landes. In diesem Falle ist

das Kartell, da es monopolistisch den Markt beherrscht, gleichzeitig Monopol. Die Kartellpreise sind also Monopolpreise. Und zwar Preise, deren obere Grenze bis zu der Höhe ausdehnungsfähig ist, als sich die Preise des billigsten Roheisen-(Stahl-)herstellungslandes der Weltwirtschaft zuzüglich Einfuhrzoll und Fracht auf dem Inlandsmarkt belaufen.

Dann kann aber auch das Kartell den gegenteiligen Weg einschlagen, und anstatt die Preise zu steigern, sie herabsetzen. Und zwar entweder so weit, als das am teuersten arbeitende Werk sich noch eben halten kann, oder so weit, als die Durchschnittsarbeit der mittleren Unternehmung es zuläßt.

Doch die Entwicklung geht weiter. Trotz der Tendenz zur Monopolisierung der einzelnen Produktionsstufen bereitet sich langsam auch hierauf schon die Reaktion vor: der Aufstieg der vertikalen Gliederung, die Zusammenfassung der Produktion vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat.

Monopolwirtschaft ist teure Wirtschaft. Der letzte Käufer ist die breite Masse. Sie wird also am schwersten von den Monopolpreisen betroffen. Ob aber sich auch den anstehenden Preisen immer eine proportionale Lohnsteigerung anpassen wird, das ist eine andere Frage.

Rationalisierung die Arbeiterschaft nicht stumpfer, sondern hellhöriger und feinfühlig macht für sich selbst und in Konsequenz dessen auch für den Betrieb. Alle Amerikasfahrer berichten einstimmig darüber. Ford hat richtig erkannt, daß ohne dieses gesteigerte Betriebsgefühl ein rationalisierter Betrieb den größten Störungen unterworfen ist. Dieses Betriebsgefühl kann durch keine Fabrikordnung gegeben werden. Das ist Erfahrungssache. Der Betrieb muß schätzenswert gemacht werden, denn wenn ein Arbeiter dem Betrieb seine ganze Kraft geben soll, dann muß der Betrieb auch der Opfer wert sein, die der Arbeiter für ihn bringt.

Das Interesse der Belegschaft eines Betriebs wird aber nur dadurch gehoben, daß man nicht nur formell, sondern auch wirklich die Rechte der Arbeiterschaft anerkennt, ihre Mitverantwortlichkeit „anknüpft“, mit den Betriebsräten oder auch den Vertrauensleuten der Organisation zusammenarbeitet vor allem aber auch dadurch, daß man den Arbeiter an den Fortschritten materiell mitbeteiligt durch höheren Lohn und evtl. Verkürzung der Arbeitszeit. In einigen Werken ist man dazu übergegangen, gute Ideen zur Vermeidung von Leerlauf zu prämiieren. Man sollte überhaupt auf Vorschläge der Arbeiter zur Verwirklichung von Arbeitsvereinfachungen, Kostenersparnissen oder Wirksamkeitssteigerung viel mehr Gewicht legen als es heute geschieht. Wieviel berechnete Klagen der Arbeiterschaft hört man darüber, daß ihre Vorschläge mit einer gewissen Geringschätzung abgetan werden? Man mag sich vielleicht hier und da von den guten Wirkungen eines Vorschlages mehr versprechen, als in ihm tatsächlich enthalten ist. Aber wieviel Arbeitsfreude kann ein aufmunterndes Wort geben und wieviel Arbeitsfreude kann ein molantes Lächeln zerstören. Da greift auch die Frage des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen herein. Ohne Autorität geht es in keinem Betrieb. Aber bei den heutigen Sozialreformen ist das Verhältnis in einer Fabrik ein anderes als in einem militarisierten Staat. Im Fabrikverhältnis sollte es Führer und Gehorsam, aber nicht Offizier und Mannschaften geben.

Vor allem ist die Furcht des Arbeiters vor seiner Zukunft zu beheben. Die Frage: „Was geschieht mit mir, wenn ich älter bin“, ist heute symptomatisch für Fabrikarbeiter geworden. Es kann nicht der Sinn eines Arbeiterlebens in einem volkswirtschaftlichen Ganzen sein, einen alten, gebienten Arbeiter mit ein paar mageren Pensions Groschen abzupfeifen. Regierung, Unternehmertum und Gewerkschaften haben da noch große Aufgaben zu erfüllen. Die Regelung dieser Frage ist ja nicht nur eine sozialpolitische, sondern im eminentesten Sinne auch eine wirtschaftliche Angelegenheit, denn die Hebung dieses Unruhelementes wird ohne Zweifel eine stärkere Bindung an die Arbeitsstelle und eine Intensivierung der Arbeitskraft bedeuten. Daß gerade in einer rationalisierten Industrie der Sozialpolitik der Freizeit ein verstärktes Augenmerk geschenkt werden muß, ist einleuchtend.

Die Gesamtwirtschaft muß sich bewußt sein, daß ohne ein größeres Maß gegenseitigen Vertrauens zwischen den wirtschaftlichen Kontrahenten die Wirtschaftsumstellung nicht die Früchte zeitigen wird, die man von ihr erwartet. Hüben und drüben sind Fehler gemacht worden, aber darin zu verharren, wäre verhängnisvoll. Es muß sich jeder Stand bewußt sein, daß die Krise Opfer verlangt, daß aber auch die Lasten nicht einseitig verteilt werden dürfen. So müssen auch die Rationalisierungsbestrebungen dem schaffenden Menschen gerecht werden, sich ihm im weitesten Maße anpassen suchen und ihn in ihren Wirkungen heben und nicht drücken dürfen. Eine niebergebrochene Wirtschaft heilt man nicht mit Klassenkampf von oben oder unten, sondern mit dem neuen Geist der gegenseitigen Achtung, der Anerkennung, der Rechte und der Kraft der Mitverantwortung.

Aus der Wirtschaft

„Bauspartassen ohne staatliche Kontrolle“

Im Januar dieses Jahres brachten wir von einer im Bauwesen stehenden Persönlichkeit einen kurzen Bericht über die „Bauspartassen ohne staatliche Kontrolle“, der sich auch mit der Gemeinschaft der Freunde von Wulfenrot befaßte und eine sehr scharfe Sonde der Kritik angesetzt hatte. Viele haben auch dieser Gemeinschaft anfänglich mit Misstrauen gegenübergestanden, was ja heute bei der sich häufig zeigenden Art aller möglichen Gründungen auf diesem Gebiet zu verstehen war. Mittlerweile dürfte die Gemeinschaft auch strenger Kritik standgehalten haben. Von unserer Bewegung haben unsere Kollegen Andre, W. d. R., und Gengler, W. d. L., das Werk von Wulfenrot geprüft. Kollege Andre legte seine Beobachtungen im „Deutschen Volksblatt“, 9. April 1926, nieder. Wir geben den beachtenswerten Artikel im Auszug wieder.

„Am Osterdienstag war ich in Wulfenrot. Mit reichlichem Misstrauen gegen die „Gemeinschaft der Freunde“ bepackt kam ich dort an. Ich sah zunächst in dem Unternehmen so etwas Seltenmäßiges, Minderwertiges! Ich kenne Menschen, die sich immer frommer geben als sie wirklich sind, nicht leiden. So war auch meine gefühlsmäßige Einstellung gegenüber der Leitung der S. d. F. — Als ich aber von den Herren Landesgerichtsdirektor A. D. Speidel und Georg Kropp empfangen wurde, da sah ich sofort, daß ich keine „Wunder“ vor mir hatte, sondern Männer mit klarem Blick, reichster und reichlichster Lebenserfahrung und ruhigem, sachgemäßem Urteil.

In mehr als zweistündiger Aussprache wurde ich über Gründung, Tätigkeit und Zielsetzung der Bewegung aufs genaueste orientiert. Jede kritisch gestellte Frage wurde eingehend und sachlich geantwortet. Ich erkannte, daß hier ein großes Werk in raschem Wachstum begriffen ist und daß in der Gründung der Gemeinschaft der Freunde ein Schlüssel für die Lösung der für die Volksgesundheit und Volkswirtschaft so wichtigen Wohnungsfrage steht. . . .

Hochbetriebligt von all dem Gesehenen sitzen wir erneut mit den Herren Speidel und Kropp zusammen, um die Zukunftsentwicklung der S. d. F. zu besprechen, aber auch die Stellungnahme des Ministeriums des Innern an der Hand der Akten festzustellen. Erfreulicherweise ist Herr Minister Vohlg der Bewegung der S. d. F. viel mehr gerecht geworden, wie seine ihm nachgeborenen, für diese Sache zuständigen Referenten. Hierüber wird an anderer Stelle noch mehr zu sagen sein.

Worin besteht nun die Bedeutung der S. d. F.? Sie ist ein auf gemeinnütziger Selbsthilfe aufbauendes Werk, bei dem jegliche Kapitalgewinne für irgendwelche Personen ausgeschlossen sind. Alle Ueberschüsse fließen der Gesamtheit der angeschlossenen Bausparer wieder zu. Nach einer gewissen Sperrzeit und nachdem ein bestimmter Prozentsatz auf die vom einzelnen Sparer abgeschlossenen Bausparnisse eingezahlt ist, wird das Baugeld zur Verfügung gestellt.

Es werden bei der S. d. F. keine von den Zeitläuften abhängigen großen Sparsummen oder Kapitalien angesammelt, sondern dieselben werden fortlaufend in nach menschlichem Ermessen weitestgehend bleibendem Wohnraum

angelegt. In den letzten Monaten wurden täglich zwei Häuser im durchschnittlichen Wert von je 17 000 Mark von der S. d. F. finanziert. Dabei kann jedermann, ganz entsprechend seinen Verhältnissen und Bedürfnissen, bauen, wo er will und wie er will. Seit 2. Dezember 1925 kamen mehr als 3 Millionen Mark an die Bausparer zur Auszahlung. Bausparer, die gelegentlich ihre Einzahlungen nicht leisten können, werden deshalb nicht benachteiligt. Es können Nachzahlungen geleistet werden.

Mein Gesamteindruck war ein absolut guter; es gibt noch selbstlos engestellte Menschen! Auch noch solche, die nicht nur nach der „Staatshilfe“ rufen, sondern im Wege des Gemeinschaftsgebankens sich gegenseitig tragen und helfen wollen. Der Name des Unternehmens: „Gemeinschaft der Freunde“, ist daher richtig gewählt.“

Joseph Thannhäuser †

Der Verbandsvorstand erfüllt hiermit die traurige Pflicht, das allzufrühe und unerwartete Ableben unseres Kollegen Joseph Thannhäuser, Leiters der statistischen Abteilung an der Hauptgeschäftsstelle, zur Anzeige zu bringen.

Zu Wernigerode im Harz, wo er zur Wiederherstellung seiner geschwächten Gesundheit weilte, ist Kollege Thannhäuser am 29. August, 46 Jahre alt, aus diesem Leben abgerufen worden.

Kollege Thannhäuser war geboren am 29. Dezember 1879 in Berlin, wo er den Beruf des Instrumentenmachers ergriff. Mit der ganzen starken Blut, die in seinem schwächlichen Körper lebte, stand er früh mitten in der Berliner christlichen Metallarbeiterbewegung. Sein klarer Blick, seine geistigen Kräfte, die über die Tagesfragen hinausgriffen, seine Uneigennützigkeit, sein starkes Wollen, gaben ihm eine eigene Führer-Prägung. Die Verbandsleitung erkannte früh die Befähigung Thannhäusers auf statistischem Gebiet und rief ihn deshalb 1907 als einen der ersten Kollegen mit an die Zentrale nach Duisburg, wo er in treuester Pflichterfüllung seines Amtes waltete. Trotz seiner seit Jahren geschwächten Gesundheit erfüllte er seine Arbeiten mit zäher Energie. Sein Schaffen im politischen Leben, im Arbeiterverein, in der Genossenschaftsbewegung, zeugte von seinem tiefen Wollen, den Arbeiterstand auf allen Gebieten vorwärts zu führen. Der Christliche Metallarbeiterverband hat in Joseph Thannhäuser einen pflichtbewußten, tatkräftigen und aufopfernden Beamten, seine Mitarbeiter an der Hauptgeschäftsstelle haben einen treuen, edlen Kollegen verloren.

Der Christliche Metallarbeiterverband wird das Andenken an Kollegen Thannhäuser stets in Ehren halten.

Der Verbandsvorstand
J. A. Franz Weber,
Verbandsvorsitzender.

Ein internationaler Betriebsvertrag in der Röhrenindustrie

Die internationalen Zusammenhängebestrebungen haben neuerdings in der Röhrenindustrie zu einem wichtigen Ergebnis geführt. Die Mannesmann-Röhrenwerke haben einen Betriebsvertrag mit dem Britisch Mannesmann-Tube-Company Ltd. in London abgeschlossen, der u. a. den Austausch technischer Erfahrungen und gegenseitige allgemeine Unterstützung vorsieht. Das von den Mannesmannwerken veröffentlichte Kommuniqué bezeichnet diese Vereinbarungen als einen bedeutsamen Schritt in der Richtung engerer Gemeinschaftsarbeit zwischen kontinentalen und britischen Stahlröhrenherstellern. Die hier genannte Britisch Mannesmann Tube Co. ist eine der Auslandsgründungen des Mannesmann-Konzerns, die wie verschiedene andere Tochtergesellschaften schon längst vor dem Kriege ins Leben gerufen wurde. Im Kriege wurde das Werk von den Engländern zwangsweise verkauft. Inzwischen ist sein Kapital auf 1 1/2 Millionen englische Pfund (30 Millionen Mark) erhöht worden. Nach dem Kriege bahnten sich zwischen ihr und der Deutschen Mannesmann-Gesellschaft wieder freundschaftliche Beziehungen an. Bereits 1920 wurde ein Interessen-Gemeinschaftsvertrag abgeschlossen, der jetzt zu dem Betriebsvertrag ausgebaut wurde.

Riebeck-Montan und der Farbentrust

Die Angliederung der Riebeck-Montanwerke an die I. G. Farbenindustrie, den größten chemischen Trust Deutschlands, ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. Die I. G. wird im Wege des Aktienausstausches die Riebeck-Werke in ihren Besitz aufnehmen und damit ein Zentrum der Braunkohlenvergasung und -destillation an sich ziehen.

Hamburg und der englische Bergarbeiterstreik

In Hamburgs Verkehr wirkt sich der englische Bergarbeiterstreik stark aus. Im Monat Juni sind über Hamburg 144 428 Tonnen Steinkohle ausgeführt worden, die Einfuhr betrug nur 1200 Tonnen. Im Mai betrug die Einfuhr noch 21 860 Tonnen, während sich die Ausfuhr damals nur auf 534 Tonnen stellte.

Rundschau

Werkleitung und Betriebsräte

Das Betriebsrätewesen ist in den Kreisen der Arbeitgeber eine höchst überflüssige, ja sogar bekämpfenswerte Einrichtung. Die Ablehnung derselben ist anscheinend eine der vordringlichsten Aufgaben der Arbeitgeberpresse und entsprechend deren mehr oder weniger heftigen Angriffen verlegt sich das Unternehmertum mehr auf die Praxis. Die Art und Form, in der manche Werkleitungen mit den Betriebsräten umspringen, geht sehr oft sogar über die einfachsten Grenzen des Anstandes hinaus. Die Betriebsrätearbeit wird durch allerlei Druck und Schikanen einzuengen versucht. Wohlgeleitete und wertvolle Anregungen der Betriebsräte werden in den Wind geschlagen. Es gibt allerdings auch Ausnahmen. So heißt es in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1925 an einer Stelle:

„Der Inhaber einer größeren Drehabener Metallwarenfabrik, der als Vorsitzender seiner Arbeitgebertarifkommission und Weisker des tariflichen Schiedsgerichtes weit über die Grenzen des eigenen Betriebes Einblick genommen hat, äußerte sich dahin, daß die Art des Verhaltens von Betriebsräten gegen ihre Firmen stark von deren Behandlung durch jene abhängt. Er selbst gebe seinem Betriebsrat bestimmte, auch schwierigere im Betrieb aufzukommende Spezialfragen zur Bearbeitung. Damit erhöhe er nicht nur das Selbständigkeitsgefühl, sondern auch das Verantwortlichkeitsbewußtsein, und das wirke sich wieder zum Vorteil des Betriebsganges aus. — Auch sonst konnten sächliche Gewerbeaufsichtsämter auf Grund von Einlegungsverhandlungen nur bestätigen, wie sehr eine eheliche Anerkennung der Betriebsvertretung durch die Betriebsleitung und menschlich freundliche Behandlung der

betreffenden Personen auch in Kleinigkeiten zur Verständigung selbst in schwierigen Lagen beitrug. Auch in Auswahl der bei Betriebsbeschränkungen zuerst zu entlassenden Arbeiter nach sozialen Gesichtspunkten leisteten Betriebsräte recht ersprießliche Dienste.“

Das ist zweifellos eine recht vernünftige Ansicht. Würden alle Arbeitgeber in der Behandlung der Betriebsräte vernünftiger sein und ihre Ueberheblichkeit ablegen und eine eheliche Zusammenarbeit mit den Betriebsräten durchführen, dann würde die Betriebsrätearbeit sich sicherlich noch mehr zum Segen der Wirtschaft auswirken, als sie es tatsächlich schon tut.

Die Tarifunfähigkeit der „Selben“

Das Verlangen des Reichsanarbeiterbundes, als „wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern“ im Sinne der Gesetze und Verordnungen arbeitsrechtlicher Inhalts anerkannt zu werden, ist, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, nunmehr auch von Arbeitgeberseite unterstützt worden. Der erste Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen e. V., der selbst Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist, hat an das Präsidium des Reichswirtschaftsrats ein Schreiben gerichtet, in dem er um beschleunigte Entschcheidung des sozialpolitischen Ausschusses über die Frage der Zulassung des Reichsanarbeiterbundes zur Vertretung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften bittet. Der Bund habe im Laufe der letzten Jahre „in verschiedenen Landbestellen des Reiches“ sehr an Bedeutung zugenommen. Abgesehen davon, daß die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes, auf die sich das frühere Entschieden des Reichswirtschaftsrats bezog, mit dem Reichsanarbeiterbund nicht vergleichbar sei, hätten sich inzwischen die organisatorischen Verhältnisse sehr geändert. Während seinerzeit der (freigewerkschaftliche) Deutsche Landarbeiterverband circa 750 000 Mitglieder und der (christliche) Zentralverband der Landarbeiter circa 160 000 Mitglieder gehabt habe, gäbe der erstere jetzt circa 167 000 Mitglieder an, die Mitgliederzahl des Zentralverbandes werde auf 175 000 bis 80 000 geschätzt, daneben habe der Reichsanarbeiterbund nach seinen Angaben circa 85 000 Mitglieder. Die Ausgestaltung dieser Organisation, wie sie jetzt i. B. von den Arbeitsnachweisbehörden geplant sei, müsse daher in diesen Landbestellen zu unannehmbaren Schwierigkeiten führen. Insbesondere drohe bereits jetzt die Bildung eines landwirtschaftlichen Fachausschusses beim Landesarbeitsamt Berlin an der Nichtanerkennung des Brandenburgischen Landarbeiterbundes zu scheitern.

Inzwischen hat auch der preussische Handelsminister anlässlich einer Eingabe des Brandenburgischen Landarbeiterbundes die Zulassung zur Vorklagsberechtigung bei der Besetzung der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise in einem Schreiben zurückgewiesen, in dem es heißt, daß zwar vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich gesagt sei, was unter „wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer“ zu verstehen ist, wohl aber in Theorie und Praxis Uebereinstimmung darüber bestehe, daß „alle diese Gesetze und Verordnungen unter diesen Vereinigungen einseitig und gleichmäßig nur solche Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen verstehen, die tariffähig sind, d. h. willens und fähig sind, selbständige, also von der Gegenseite unabhängige Parteien eines Tarifvertrages zu sein. Ob eine Arbeitnehmerorganisation als „wirtschaftliche Vereinigung“ im Sinne jener Vorschriften anzusehen ist, hängt also davon ab, ob sie der Arbeitgeberseite gegenüber vollkommen selbständig und unabhängig ist. Wie ich schon wiederholt in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn Preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ausgesprochen habe, ist dafür bei den der Arbeitgeberseite im Reichslandbund vereinigten Arbeitnehmergruppen dieses Bundes eine Gewähr nicht gegeben.“

Tarifverträge sind nicht abdingbar

Ein verständiges Urteil.

In letzter Zeit sind Gewerbegerichtsentscheidungen erfolgt, daß unter gegebenen Umständen ein Tarifvertrag abdingbar sein müsse. So hat das Gewerbegericht in Oberlahnstein und Hanoversch-Münden die Auffassung vertreten, daß i. B. die untertarifliche Entlohnung nicht als Abdingung vom Tarif zungunsten der Arbeitnehmer anzusehen sei, wenn eine Firma infolge ungünstiger wirtschaftlicher Lage gezwungen sei, entweder den Betrieb stillzulegen oder den Arbeitnehmern anzubieten, untertariflich weiterzuarbeiten.

Das Gewerbegericht Bocholt i. W., das in einem ähnlichen Falle zu entscheiden hatte und Beflage auch auf obige Urteile hinwies, hat sich dieser Rechtsprechung nicht anschließen können. In der Begründung heißt es:

„Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Vereinbarung zugunsten oder zungunsten der Arbeitnehmer vorliegt, müssen die vereinbarten Bedingungen mit den tariflichen Bedingungen verglichen werden. Bei diesem Vergleich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine untertarifliche Vereinbarung eine solche zungunsten der Arbeitnehmer darstellt. Wenn der einzelne Arbeitnehmer bei einer Weiterbeschäftigung zu niedrigeren Lohnsätzen sich auch wirtschaftlich besser stellt, als wenn er überhaupt nicht beschäftigt und auf die noch niedrigeren Bezüge der Erwerbslosenfürsorge angewiesen wäre, so ist doch daran festzuhalten, daß bei einem Tarifvertrag beteiligte Gesamtarbeitnehmer ein Interesse daran hat, daß die Mindestbedingungen eines Tarifvertrages allenfalls bei der Geltung kommen und nicht für kleinere Arbeitnehmergruppen, wie im vorliegenden Falle, durchbrochen werden. Würden abweichende Vereinbarungen, wie im vorliegenden Falle, für zulässig erachtet werden, so könnten mit derselben Begründung auch andere Mindestbedingungen des Tarifvertrages außer Kraft gesetzt werden und der Schutz, den ein Tarifvertrag den Arbeitnehmern bietet, überhaupt gegenstandslos werden.“

Die Reitpeitsche, der Hund und der Sklave

Das könnte die Ueberschrift für einen modernen Roman abgeben. Was im Nachfolgenden gelagt wird, klingt so romanhaft, daß man es kaum glauben kann. Und doch ist es gar nichts anderes als Tatsachen, die sich öftlich der Erde ereignet haben und die „Die Rundschau“, das Organ unseres christlichen Landarbeiterverbandes berichtet.

1. Der Gutsbesitzer Mohanlak in Kraschwik, Westpre., hatte zur Entzerrung einige Freiarbeiter und eine Deputantenfrau eingestellt. Bevor diese die Arbeit aufnahmen, gingen sie auf den Hof, um sich nach dem Lohn zu erkundigen. Dazu lag um so mehr Veranlassung vor, als Mohanlak, obwohl er nur drei Arbeiterfamilien beschäftigte, dauernd Streitigkeiten hat und dem Schlichtungsausschuß sehr gut bekannt ist. Der Arbeitgeber erklärte den fragenden Arbeitern, er müsse erst im Tarif nachsehen und ging in seine Wohnung. Kurz darauf kam er, von einem großen Hofhund begleitet und mit einer Reitpeitsche versehen, zurück. Hund und Mohanlak stürzten sich auf den nächsten Arbeiter und richteten diesen barmhertzig zu, daß ärztliche Hilfe notwendig war. Die Deputantenfrau konnte sich nur durch die Flucht vor dem auch auf sie gehetzten Hund retten.

2. Auf dem Gut Krappich in Schlesien (Majoratsbesitzung des Grafen Haugwitz) hatte sich der Oberösterreichische Sch. seinen Deputatengarten besonders gut angeeignet. Neben seinem Garten, dessen Nutzungsgerecht ein Bestandteil seines Arbeitsvertrages war, lag die Hübnerecke des Güterdirektors Blauth. Es gab wiederholt Auseinandersetzungen, weil die Frau, die die Hübnerecke zu versehen hatte, Holz am Zaun des Gartens aufstapelte und dadurch den Hübnern den Zugang in den Garten ermöglichte. Im Juni, also zu einer Zeit, als der Garten in voller Blüte stand, traf Sch. wieder eine Anzahl Hübnern in seinem Garten an. Darüber war er natürlich ärgerlich. Einmal ist es absolut nicht erhebelnd, wenn Hübnern im bebauten Garten herumspazieren, und dann war ja der Ertrag des Gartens ein Teil des lauer verdiensten Lohnes. Er machte der die Hübnern besorgenden Frau Vorhalt. Diese ging zur Frau Direktor, die Frau Direktor ging zum Herrn Direktor und der Herr Direktor ließ den Inspektor kommen. Diesem wurde aufgegeben, sofort einen Ackerlutscher mit Seilspann zu bestellen und den angebaute Garten unpasslich zu lassen! Dem Oberösterreich wurde eine Frist von 15 Minuten gelassen, um aus dem Garten zu nehmen, was möglich war! Auf die flehentliche Bitte des Oberösterreichers, der mit Stolz und Liebe an seinem Garten hing, von der Ausführung der Anordnung doch Abstand nehmen zu

wollen, erklärte der Direktor, die Zurücknahme des Befehls (!!!) würde seiner Autorität schaden!

Sind das nicht Bilder aus den „herrlichen“ Zeiten der Bauernlegung und des absoluten Feudalismus? Um 1600 wird das östlich der Elbe genau so ausgesehen haben. Diese Kleinstädtchen schwingenden Herren e tutti quanti sind auch diejenigen, die sich ungeheurer national gebärden und bei allen Gelegenheiten „Deutschland, Deutschland, über alles...“ singen. Da wundert man sich noch, daß viele Arbeiter, selbst wenn sie erwerbslos sind, keine Landarbeit übernehmen möchten. Bei solchen Individuen, wie den oben gekennzeichneten, ist allerdings die Arbeit keine Freude, sondern nur eine Qual.

Verbandsgebiet

Hilben. Der Christliche Metallarbeiterverband, Verwaltung Hilben, veranstaltete am vergangenen Sonntag im großen Saale von Krubs, Werra, eine nachfolgende Jubiläumskundgebung. Zu dieser Kundgebung waren die Gewerkschafter mit ihren Familien aus der Umgebung erschienen, die regen Anteil nahmen an den mannigfachen Darbietungen des Nachmittags, galt es doch einen verdienten Vorkämpfer des Christl. Metallarbeiterverbandes, den Vorigen Kollege Adolf Zugowski, Werra, zu ehren, der am 1. August 1926 bereits auf 25 Jahre reger gewerkschaftlicher Tätigkeit zurückblicken konnte. Außer unserem Bezirksleiter Kollegen Schlimmer, der die Grüße des Zentralverbandes überbrachte, waren die besondern Berufsorganisationen, Arbeiter- und Junglingsvereine, die Geistlichkeit usw. erschienen, die dem Kollegen Zugowski ihre Gratulation darbrachten. 1894 benannte sich Kollege Zugowski durch die Gründung eines Arbeitervereins in Thale das Organisationsleben. Am 1. Januar 1901 schloß sich der Arbeiterverein dem Berliner Verband an. Pfingsten 1901 wurde Kollege Zugowski zum ersten Mal als Delegierter nach Berlin gewählt. Hier fand auch die Gewerkschaftsfrage zur Landesordnung, und nachdem die Geister stark aufeinandergeplagt, wurde den Mitgliedern empfohlen, sich den Christl. Gewerkschaften anzuschließen, sofern sie auf positiv christlicher Grundlage ständen. Er nutzte die Gelegenheit aus und mit Hilfe des damaligen Bezirksleiters und Vorsitzenden Hellbach, Magdeburg, wurde am 1. August 1901 eine Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes mit 12 Kollegen gegründet. Die erste Zeit wirkte er als Kassierer und später als Vorsitzender. Es gelang nach schwierigen Verhandlungen, die Mitgliederzahl auf 100 zu steigern und dieselben als Gewerkschafter zu erziehen. Im Arbeiterverein mit 70 Mitgliedern war er Vizepräsident und zugleich Mitglied des Kirchenvorstandes. 1903 wurde er Leiter der sozialen Anstaltsstelle, die von unseren Mitgliedern stark in Anspruch genommen wurde und ansehnliche Erfolge aufzuweisen hatte. Nach und nach hatte er sich als Gewerkschafter und Vorstandsmittler der Betriebskrankenkasse die Ungunst der Vorstände gegenüber und wurde zum Mitarbeiter bei 2,60 M. Lohnlohn bei 6 Kindern degradiert. Er zog eine Entlassung vor und ging durch Vermittlung des Koll. Wredow, Osnabrück, der schon als Schulung für unseren Verband sich nützlich gemacht hatte, nach Werra und nahm bei den verschiedenen Firmen Arbeit. Von 1911 bis 1917 war er Einkassierer bei der Ortsverwaltung Düsselberg. Nach heute bekleidet Kollege Zugowski 12 Posten im Verband und in anderen Korporationen. Adolf Zugowski ist keiner von denen, die nur reden, keine von denen, die mit nützlicher Kritik die Arbeit anderer heruntersetzen, kein Misstrauer und Hohnschänder, aber um so eifriger im Kampfen, wenn es gilt, für den Arbeiterstand etwas zu erreichen. Er ist für alle ein leuchtendes Vorbild.

Wismar. Am Mittwoch, den 25. August, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Der Vorsitzende, Kollege Dohmen, eröffnete um 7 1/2 Uhr die gut besetzte Versammlung. Er begrüßte alle Erschienenen, besonders den Vorsitzenden des Bezirkskartells, Kollege Kubiger, Schwane, ebenfalls Kollege Kaeding und Knebel vom D.H.M., welche zu dieser Versammlung wegen Gründung eines Ortsausschusses erschienen waren. Kollege Kubiger gab anregende Gedanken über die Bildung eines Arbeitsnagelvereins in unseren Reihen. Hierauf erhielt Kollege Knebel das Wort zu einem kurzen vortragsartigen Vortrag über Werksarbeit, wie dieselbe planmäßig ausgeübt würde usw. Hierauf schritten wir zur Vorstandswahl. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Grunert, Fildersstraße 7 hierberth, zum Kassierer Kollege Ernst Dohmen, Schriftführer Kollege Kreisfeld, Weißbender Kollege Heuthele, gewählt. Alle nahmen die Wahl, dankend für das Vertrauen des Verbandes, an.

Christlicher Metallarbeiterverband, Bezirk Deutsch-Oberschlesien.

Der Christliche Metallarbeiterverband veranstaltete in den Ortsgruppen Hindenburg, Wiskupig, Dobret, Karf, Milschowitz, Mühlenschütz und Weußen während der letzten Tage Versammlungen bzw. Vertrauensmännerversammlungen. Der Besuch derselben war gut. Seitens des Vortragenden erhielten die Teilnehmer einen eingehenden Bericht über die Lohn- und Tarifbewegung. Dabei wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß für die Interessensvertretung der Zementarbeiter und Handwerker die zukünftige Berufsorganisation in zweifelhafte Weise vorgegangen ist. Für die Zukunft haben daraus die noch abseitsstehenden Metallarbeiter die richtigen Lehren zu ziehen.

In denjenigen Ortsgruppen, in denen die Mitgliedschaft sich überwiegend aus Hüttenarbeitern zusammensetzt, wurde insbesondere zu der in letzter Zeit vollzogenen Verschmelzung der größten Eisenwerke Oberschlesiens Stellung genommen. Der Zusammenschluß der Werke zur „Vereinigten Oberschlesische Hüttenwerke A.G.“ wird zugleich eine Mahnung für die Arbeiterchaft. Die neue Gesellschaft wird ihren Einfluß auf die Bewirtschaftung der Einzelbetriebe, die Herstellung und den Absatz der Waren in starkem Maße ausdehnen lassen. Dadurch werden die Interessen der Hüttenarbeiterchaft auf das stärkste berührt. Arbeitszeit und Lohn werden noch mehr als bisher im Vordergrund der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeiterchaft stehen. Zur Wahrung der Rechte der Arbeiterchaft bestehen für sie die gewerkschaftlichen Organisationen. Je größer ihre Mitgliedschaft und finanzielle Schlagkraft ist, desto mehr kann zur Abwendung drohender Schäden für die Hüttenarbeiterchaft geschritten. Im Zusammenhang damit wurde auch über den bisherigen Verlauf der Metalltarifverhandlungen berichtet. In wesentlichen Fragen (Stücklohn und Gruppenakkord, Urlaub und Deputatlohn) lehnen die Unternehmer die Forderungen der Arbeiterchaft ab. Auch mit wichtigen formellen Änderungen haben sie sich bisher nicht einverstanden erklärt. Andererseits sind aber auch inzwischen schon einige Verbesserungen erzielt worden. Soweit über Einzelheiten eine Einigung nicht zustande kommt, wird der amtliche Schlichter eine Entscheidung zu treffen haben. Um die auf eine materielle Besserstellung der Arbeiterchaft gerichteten Forderungen ihrer Erfüllung näher zu bringen, ist jedoch eine noch stärkere Anteilnahme der Hüttenarbeiterchaft unerlässlich. Seine Lebens- und Berufsinteressen veranschaulicht, wer außerhalb der zuständigen Berufsorganisation die mühselige Arbeit für den sozialen Fortschritt immer wieder anderen überläßt.

Die Berichterstattung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und die wirtschaftlichen Notstände in Oberschlesien löste überall eine rege Aspiration aus. Es wurde dabei festgestellt, daß im allgemeinen die herrschende Arbeitslosigkeit in Oberschlesien nicht so groß zu sein braucht, wenn statt der vielen ausländischen Arbeitskräfte die einheimischen

Arbeitslosen in den verschiedenen Betrieben eingestellt worden wären. So seien beispielsweise auf einer Werksanlage bei Wenzeln bis zu 1600 außerhalb Deutsch-Oberschlesiens wohnhafte Arbeiter beschäftigt. Ferner dürfte angenommen werden, daß die Zahl der amtlich gemeldeten Hauptunterstützungsempfänger andererseits wiederum erheblich größer wäre, wenn nicht durch die überaus geringen Löhne noch manche Beschäftigungsmöglichkeit erhalten bliebe. Wenn daher der Prozentfuß der Erwerbslosen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Oberschlesien nicht die Höhe des Reichsbuchschritts erreicht hat, so erfreulich dies auch sein mag, so ist dies doch im wesentlichen nur den größeren Entbehrungen der ober-schlesischen Arbeiterchaft im allgemeinen zu danken. Wenn aber behördliche Stellen mit Rücksicht darauf, Oberschlesien als ein der öffentlichen Fürsorge weniger bringendes beherrschtes Notstandsgebiet betrachten, so ist dies in Anbetracht der nationalpolitischen Aufgaben, die im Grenzgebiet zu erfüllen sind, ein gewagtes Experiment. Die organisierte Arbeiterchaft kann jedenfalls ein solches Vorgehen nicht billigen. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden müssen es als ihre Aufgabe ansehen, den tatsächlich in Oberschlesien bestehenden Notständen mehr als bisher gerecht zu werden. U. a. wird die Schaffung des ober-schlesischen Großschiffahrtsweges, der Ausbau der Eisenbahnen, Verbesserung sonstiger Verkehrsverhältnisse, umfangreicher Wohnungsbau, die Durchführung von Kanalisationsarbeiten in den Industriegebieten, Errichtung von Freibadanlagen und Volksparkanlagen für bringen notwendig angesehen, wofür jedoch in weitestmöglichem Umfang die Kredithilfe des Reiches und Staates einsetzen müßte. Daß im Wege vorübergehender Erwerbslosenfürsorge aus dem Beschäftigungskreis der Unternehmungen noch vieles zur Milderung der großen Arbeitslosigkeit geschahen kann, müßte mit größter Entschiedenheit durch die Volkvertreter an zuständiger Stelle vertreten werden.

Die in letzter Zeit erzielten organisatorischen Fortschritte im Verbandsgebiet wurden ebenfalls ausführlich behandelt. Die in Hindenburg, Gleiwitz und Pilzendorf z. B. regelmäßig stattfindenden Fachkurse für Mathematik, Maschinenbau und Elektrotechnik haben besonders unter den jüngeren Mitgliedern großen Anklang gefunden. Die Unterstufungseinrichtungen des Verbandes wurden den erhöhten Ansprüchen angepaßt. Das rege Verbandsleben der Jugendgruppen eröffnet erfreuliche Aussichten für die weitere Entwicklung des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Oberschlesien. Die Erteilung von Rechtschutz in Ar-

beitslosigkeit und in Sachen der Sozialversicherung durch die Werksbandschaftsstellen in Hindenburg, Kronprinzstr. 123, 1. Oberw. Ostroptplatz 4, hatte in letzter Zeit bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. Die Vertrauensmänner haben sich erfolgreich bemüht, den gesteigerten Anforderungen der Mitgliedschaft zu genügen. Aufgabe aller Kollegen muß es sein, die Erfolgsmöglichkeit weiter zu steigern durch Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Bekanntmachung

Sonntag, den 12. September, ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Literatur

Bertam Austin und W. Francis Floyd. Das Mädel hoher Löhne. Aus dem Englischen übersetzt von Carl Frapp. XI, 83 Seiten. 80. Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn, Akt.-Ges., Braunschweig 1926. In Ganzleinen gebunden M. 3,50.
29 Mt. 75 Pf. Minimallohn für den Tag, das ist auf den kürzesten Denner gebracht, das Mädel nicht nur der Ford'schen, nein, der nordamerikanischen Wirtschaft überhaupt. Wie ist das möglich? Es sind in den letzten Jahren da und dort Propheten aufgetreten, die glaubten, dies Phänomen erklären zu können; aber wenn man näher hinsah, so waren es wohl gute Theoretiker, die aber von der praktischen Übertragung ihrer Ideen auf europäische Verhältnisse wenig erkennen ließen. Es ist daher ein großes Verdienst des bekannten Industriellen Carl Frapp, Hamburg, und die Schrift zweier führender englischer Wirtschaftler zugänglich gemacht zu haben. Geschrieben von Praktikern für Praktiker, ist das Buch das Ergebnis einer eingehenden Studienreise in den Vereinigten Staaten. Wie es möglich ist, bei steter Erhöhung der Löhne gleichzeitig den Preis der Produkte herabzusetzen, wird überaus anschaulich und überzeugend dargestellt. Vereinfachung ist die Lösung in Amerika.

Arbeitslosigkeit, Inlandsmarkt und Umstellung

In der jüngsten Gegenwart tritt im Zusammenhang mit den Wiederaufbaubestrebungen der deutschen Volkswirtschaft immer wieder ein Problem in den Vordergrund, an deren Lösung sich die besten Kräfte bisher vergeblich bemüht haben — Das Problem der Arbeitsbeschaffung. Es sind im Laufe der Jahre manche Wege eingeschlagen worden, dieses Kardinalproblems der Gegenwart Herr zu werden, Wege, die zeitweilig zu vorübergehendem Erfolg führten oder sich im Uferlosen verloren. Aus all diesen Bemühungen heraus scheint aber ein Positives zu resultieren, nämlich das, daß kein Weg, der zu einem wirklich befriedigenden Ergebnis führen könnte, wird eher gefunden werden können, bevor nicht prinzipiell die Fragen gelöst worden sind: Soll es sich bei der Arbeitsbeschaffung darum handeln, systematisch eine allmähliche Wiederherstellung des Gleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkt anzustreben, oder soll die Aufgabe darin bestehen, an die Stelle der unproduktiven Erwerbslosenfürsorge zeitweilig eine mehr oder minder produktive Beschäftigung der Unterstufungsempfänger zu setzen. Das letzte volkswirtschaftliche Ziel kann zweifellos nur in der Verfolgung der ersten Aufgabe liegen. Nur wirft sich von vornherein die Frage auf: Ist unter den gegebenen Umständen mit den gegebenen Mitteln dieses Problem in einem Zeitraum lösbar, der fürzer ist, als derjenige, in dem die Wirtschaftsentwicklung dieses Problem von selbst lösen wird, und besteht zweitens eine Aussicht, daß das Arbeitslosenproblem an sich erfolgreich in Richtung der vorkriegszeitlichen Wirtschaftsentwicklung, also in Richtung der Industrialisierung, zu lösen ist, oder weisen die Zusammenhänge vielleicht andere Wege? Denn darüber müssen wir uns klar sein:

Die organische Wiederherstellung des Gleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkt ist gleichbedeutend mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft.

Ob letzterer aber überhaupt in der allgemeinen Wiederherstellung des Wirtschaftszustandes der Vorkriegsära gipfeln kann, das ist eine Frage, die bis heute noch nach jeder Richtung ungelöst ist.

Die Voraussetzungen für eine erneute Aufwärtsentwicklung sind aber nach wie vor

die Hebung der Kaufkraft des Inlandmarktes,

so daß dessen Bedarf sich in seiner wahren Form auf die volkswirtschaftlichen Industrien auswirken kann. Die Hebung der Landwirtschaft und die allmähliche Steigerung der Ausfuhr um den Betrag der für den Bedarf des Inlandes notwendigen Rohstoffzufuhr — Maßnahmen, die in Verbindung mit den übrigen Wechselwirkungen in der planmäßigen Wiederherstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes ausfließen. Daß dieses Gesamtproblem sich aber nur äußerst langsam lösen lassen wird, darüber besteht m. E. kein Zweifel. Denn an den Ergebnissen jener überstürzten Entwicklung der Vorkriegszeit haben wir das beste Beispiel dafür, daß ein „Zuwiel“ ebenso schädlich sein kann als ein „Zuwenig“. Die Aufgabe der dauernden Arbeitsbeschaffung wird bei der fortschreitenden Verstrickung und Typisierung der Wirtschaft in Verbindung mit den für die Weiterentwicklung gegebenen Voraussetzungen nur sehr beschränkt und im Sinne des Problems nur unzureichend in Richtung der Industrialisierung gelöst werden können.

Somit bleibt für einen schnelleren Augenblickserfolg in der Hauptsache die Aufgabe bestehen, an die Stelle der unproduktiven Erwerbslosenfürsorge eine mehr oder minder produktive Beschäftigung der Unterstufungsempfänger zu setzen. Vorteile und Nachteile sprechen bei dieser Auffassung der Jugendfrage des Erwerbslosenproblems gemüht für und gegeneinander. Gewiß, auch Vorteile lassen sich hier herausarbeiten: Der Bau von Landstraßen, Kanälen, Dämmen usw. ist volkswirtschaftlich durchaus wertvoll und kommt direkt oder indirekt dem ganzen Volke zugute. Aber: einmal ist jede dieser Arbeiten nur eine einmalige Arbeit und trägt fast jede von ihnen ausgesprochenen Saisoncharakter und zum anderen der Arbeitsindividualität der einzelnen Arbeiter Rechnung. Daher kommt es, daß wegen der harten Zusammenfassung in Summa für die auszuführenden Arbeiten ungelernete Kräfte aufgebracht werden, die sich erst einarbeiten müssen und dann relativ unwirtschaftlich arbeiten. Ein Metallarbeiter ist kein gelernter Erdarbeiter. Was aber wichtiger ist als das bisher Gesagte, das ist die Frage: Kann sich eine Volkswirtschaft, deren Kräfteüberschuss gleich

Mull ist und die sich zwangsläufig um eine Vielzahl ihrer Bedürfnisse wird einschränken lernen müssen, die Ausführung großer und größter Projekte auch dann noch leisten, wenn ihre eigene Kapitalbasis erschöpft, deren Regeneration unzureichend ist und sowohl die Urproduktion wie die Gewerbe kreditbedürftiger sind denn je zuvor? Wenn das ganze innere Gleichgewicht der Volkswirtschaft selbst gestört ist? Auch diese Fragen bedürfen der Beantwortung. Denn wirklich produktiv im Sinne der volkswirtschaftlichen Bilanz sind all die forzierten Arbeiten kaum zu nennen. In England suchte man den Arbeitsmarkt durch die Bergbauprämie zu entlasten. Jahreslang gelang diese produktive Arbeitslosenfürsorge. Als man aber den Normalzustand wiederherstellen wollte, kam man zu dem Erfolg der schweren Kohlenkrise. Ähnlich in Frankreich, wo man durch die Aufrechterhaltung der großen Armee und die Schaffung ungezählter neuer Staats- und Kommunalstellen die Arbeitslosigkeit in eine mehr oder weniger produktive Form öffentlicher Beschäftigung kleidete. Aber auch hier auf die Dauer der negative Erfolg. Nur unvollkommen kann das Ergebnis dieser Art von Arbeitsbeschaffung sein und durchaus zweifelhaft, wie alles, was aus der organischen Entwicklung isoliert wird. Selbst ob sie zu einem befriedigenden Arbeitsergebnis führen kann, ist keine Gewissheit.

Und trotzdem die Aussicht in die Zukunft sich nur langsam erhellt, läßt sich ein Weg weisen, der, langsam verfolgt, zu einer Entspannung führen würde. Ein Weg, der immer vorhanden war, aber selten beobachtet worden ist:

Der Weg in die Landwirtschaft.

Fest steht, daß die deutsche Industrie sich auf Kosten der Landwirtschaft entwickelt hat, daß dieser ein gesunder Aft am Stamm des Kleinbauernturns verloren gegangen ist. Fest steht, daß die Zukunft unabwendbar zeigen wird, daß in der Industrie ein Zuviel an Arbeitskräften besteht. Was liegt also näher, als hier den Ausgleich zu schaffen? Gewiß, ein Industriearbeiter ist an und für sich kein Landarbeiter, aber er war einer, und wenn nicht er, so können seine Kinder wieder solche werden. Nur der Anfang steht im Zeichen der Uebergangszeit. Trotzdem bin ich mir voll bewußt, daß hier bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden sind, zumal ja auch die Lage der Landwirtschaft selbst außerordentlich schlecht ist. Aber: die Aufgabe, das Zuviel an Arbeitskräften unterzubringen, wird eine praktische Lösung erfahren müssen. So oder so. Deutschland erzeugt weniger Getreide als es braucht, verzehrt mehr Vieh als seine eigenen Bestände abwerfen, hat mehr Land als landwirtschaftlich genutzt wird, hat Dedland und einen ausgebeulten Großgrundbesitz, der jährlich Hunderttausende ausländische Wanderarbeiter einführt! Weißt das nicht alles auf die Lösung der bestehenden Aufgabe in Richtung der Landwirtschaft hin? Ist Landarbeit nicht direkt produktive Arbeit, erpart sie nicht eine ausschaltbare Mehreinfuhr und macht das ausgeglichene Gleichgewicht zwischen Urproduktion und Lebensunterhaltsbedarf nicht die Volkswirtschaft vom Ausland unabhängiger? Löst sie nicht die Bindung an die Weltwirtschaft? Ueber 1 Proz. der Gesamteinfuhr entfiel 1924 auf Roggen, über 2 Proz. auf Mollereierzeugnisse, 2 Proz. auf Butter, 1,6 Proz. auf Fleisch, 1 Proz. auf Käse, 2,1 Proz. auf Schmalz, zusammen 9,7 Proz. der deutschen Einfuhr — all das sind Ueberflüssigkeiten, die sich ausgleichen lassen würden, wenn man den Weg in die Landwirtschaft fände und von dem unheilvollen Irrtum sich löste, daß nur die Wiederherstellung des status quo der Industrie zur Gesundung der Volkswirtschaft führen könne. Daß die Wiedererstarbung der deutschen Landwirtschaft eine Voraussetzung für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und die Loslösung von der Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland sein muß, steht außer Zweifel. Eine gesunde Landwirtschaft ist ein starker Abnehmer für die Industrie. Man kann nicht ungefragt dieselbe über die industrielle Entwicklung vernachlässigen. Das hat das Frankreich probiert, das hat der Weltkrieg gelehrt. Sie wird in der zukünftigen Arbeitsverteilung von Bedeutung sein. Auch diese Tatsache darf bei dem Problem der Arbeitsbeschaffung nicht außer acht gelassen werden. Aber dann Arbeitsbeschaffung nicht außer Acht gelassen werden. Wenn als erstes deutsche Arbeiter an Stelle ausländischer Saisonarbeiter in der Landwirtschaft selbst sich wesentlich sozialer aufführen. Sonst wird das Problem überhaupt nicht gelöst.

Ritter-Taschenbuch

für den Dreier und Schlosser des Maschinenbaues, mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Oberking bei Breslau. Preis geb. einschließlich Versandkosten 3,60 Reichsmark.